Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 76. **Sonnabend** den 11. Februar 1893. 87. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 12. Februar, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Nachdem mehrfach innerhalb des Stadtgebietes behördlich festgesetzte Straßenzüge ohne unsere Mitwirkung und ohne gehörige Berücksichtigung der genehmigten Pläne abgesteckt und dadurch unliebsame Weiterungen veranlaßt worden sind, machen wir hierdurch bekannt, daß alle derartige Absteckungen, auch wenn bei denselben nur **Privatareal** berührt wird, stets im Einvernehmen und in Gemeinschaft mit unserer Tiefbau-Verwaltung vorzunehmen sind.

Es ist daher in jedem Einzelfalle vor Beginn der Absteckung **rechtzeitig Mittheilung** an dieselbe zu erstatten, damit unsere technischen Beamten angewiesen werden können, den Absteckungsarbeiten beizuwohnen und die erforderlichen Angaben an Ort und Stelle zu machen.

Leipzig, am 4. Februar 1893.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Heblich.

Bekanntmachung.

In diesem Winter sind wiederholt Anzeigen über **eingefrorene Brieflaufen** und dadurch herbeigeführte Ueberschwemmungen von Kellerräumen bei uns eingelaufen.

Wir machen deshalb alle Grundstücksbesitzer und deren Stellvertreter darauf aufmerksam, daß in den meisten Fällen dem erwähnten Uebelstande durch Eingießen von lauwarmem Wasser — 30—40° C., etwa Handwärme — worin Koch- oder Viehsalz — in 1 Liter Wasser etwa eine Hand voll Salz — gelöst ist, abgeholfen werden kann. Wir bitten deshalb, vorkommenden Falles lauwarmes Salzwasser in die Küchenausgüsse der in die Beiflaufe mündenden Gefällrohre oder in die Ausgußbecken einzugießen und zunächst den Erfolg dieser Maßregel abzuwarten. Erst wenn bei wiederholter Anwendung des angegebenen Mittels der beabsichtigte Erfolg nicht eintritt, ist Meldung bei unserer Tiefbauverwaltung geboten.

Leipzig, den 6. Februar 1893.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ie. 211. Dr. Georgi. Eichorius.

Bekanntmachung.

Die Vertiefung und theilweise Verlegung des Schleußengrabens, der längs des **Anger-Crottendorf-Stötteritzer** Weges herabführt, sowie die theilweise Verbreiterung und Macadamisirung dieses Weges selbst sollen an einen Unternehmer verdungen werden.

Die Bedingungen und der Plan F. V. 5218a für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 28, aus und können dort eingesehen oder gegen Entrichtung von 50 ₰, die auch in Briefmarken eingesendet werden können, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Anger-Crottendorf-Stötteritzer Weg"
versehen ebendahselbst, und zwar bis zum 1. März 1893, 5 Uhr Nachmittags einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 9. Februar 1893.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ie. 572. **Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung.

Die auf dem städtischen Vieh- und Schlachthofe als **Trichinenschauer** beschäftigten Herren
Heinrich Andreas **Matthias**, Mühlmannstraße 8,
Wilhelm **Wesenberg**, Kurprinzstraße 4,
Friedrich **Bause**, Kaiserin Augustastraße 105,
Johann **Nölke**, Südplatz 4,
Ernst **Rother**, Leipzig-Plagwitz, Erdmannstraße 2,
Moritz **Frohburg**, Leipzig-Reudnitz, Chausseestraße 5a,
sind von uns auch für den Stadtbezirk als solche in Pflicht genommen worden.

Leipzig, den 9. Februar 1893.

Der Rath der Stadt Leipzig.
VIII. 760. Dr. Georgi. Dietrich.

Das neue Regierungsprogramm in Oesterreich und die deutsche Linke.

II.

∞ **Wien**, 7. Februar.

Die „Vereinigte Deutsche Linke" hat angesichts der frauungsvollen Erwartung der Bevölkerung nicht einen Augenblick gezögert, das Regierungsprogramm klar und unzweideutig zu beantworten. Die Kundgebung der Partei ist ruhig im Tone, aber entschieden in der Sache. Dem Neuem wird der Gedanke des Cartels betont. Geradeso wie der Abgeordnete v. Plener in seiner Rede vom 1. December vorigen Jahres das Cartel zwar als das richtige Mittel zur Besserung unserer parlamentarischen Zustände bezeichnete, zugleich aber ausdrücklich eine Verbindung mit dem Grafen Hohenwart, dessen ganze politische Figur auf dem Kampfe gegen die Linke beruht, als unmöglich erklärte, so hat auch in ihrer neuen Kundgebung die Partei diesen für sie und ihre Wähler eigentlich selbstverständlichen Satz neuerdings ausgesprochen. Es fällt auch der Linken in der That nicht ein, an sich einen Selbstmord zu begehen und sich vielleicht durch irgend welche Vorwände in ein Bündniß mit ihrem ältesten und unversöhnlichsten Gegner locken zu lassen. Mit diesem Satze hat die Linke die Einladung der Regierung, in ein Cartel zu treten, beantwortet.

Die Linke nahm aber keinen Anstand, den Grundsätzen des Programms die mit ihren Ueberzeugungen übereinstimmten, ihre Anerkennung auszusprechen, und sie wird auch jeder Zeit mit der Regierung für die Geltendmachung dieser Principien einzutreten bereit sein. Gleichwohl mußte aber der Vorbehalt bezüglich der Schulfrage gemacht und gegen die Auffassung der Regierung Verwahrung eingelegt werden, wobei aber die Partei ausdrücklich erklärte, daß sie von ihrem Standpuncte aus die religiösen Gefühle der Bevölkerung hochhalte und geschützt wissen wolle, wie sie denn auch der Ansicht ist, daß diese religiösen Gefühle im Rahmen des Reichsvolksschulgesetzes ihre vollste Förderung finden können und thatsächlich auch gefunden haben. Weil aber nach den vielen trüben Erfahrungen der letzten Jahre kein wirkliches Vertrauen zur Regierung besteht, und weil keine neuen thatsächlichen Garantien für die consequente und aufrichtige Durchführung der Programmsätze geschaffen worden sind, konnte die Partei, was ihr künftiges Verhalten zur Regierung betrifft, nichts Anderes thun, als die vorsichtige Erklärung abgeben, sie werde ihre Stellung zur Regierung von der Art der Handhabung der aufgestellten Grundsätze und von dem Geiste und den Tendenzen der Verwaltung abhängig machen. Wird thatsächlich im Sinne der Programmpuncte regiert werden und wird die Regierung die heute auftauchenden Bedenken zerstreuen, dann kann sich ein besseres Verhältniß zwischen ihr und der Partei entwickeln. Weil aber darüber, wie gesagt, keine Sicherheit besteht, durfte die Partei nicht von vornherein durch eine allgemeine Formel der Regierung ihre Unterstützung aussprechen. Bezüglich der sachlichen Vorlagen der Regierung wird sich die Partei ebenfalls freie Hand wahren, bezüglich des Inhalts und der einzelnen Theile die sachliche Prüfung sich vorbehalten, dabei aber keine factiöse Opposition treiben und alle die im Interesse der Bevölkerung liegenden Reformen unterstützen. Weil zu Beginn der Verhandlungen in der öffentlichen Meinung vielfach das Gerücht verbreitet war, die Partei werde sich herbeilassen, im Interesse der ungestörten Berathung der wirthschaftlichen Vorlagen der Regierung auf alle politischen Parteiwünsche zu verzichten und insbesondere ihre bereits eingebrachten Anträge (directes Wahlrecht für die Landgemeinden, Preßreform, Arbeiterkammern) zurückzustellen, so hielt die Linke dem gegenüber die ausdrückliche Erklärung für nothwendig, daß sie für die Anträge, die zu fördern sie sich bereits in ihrem Wahlaufruf verpflichtet habe, unbedingt eintreten werde. Allerdings liegt das Schicksal dieser Vorlagen nicht in ihrer Hand, da sie eben nur eine Minderheit ist.

Zum Schlusse noch ein Wort über den böhmischen Ausgleich. Die Vertreter der deutschen Linken hielten es für ihre Pflicht, bei den Unterhandlungen die Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß eine Auseinandersetzung zwischen der Partei und der Regierung keine Aussicht auf Erfolg biete, wenn eine der brennendsten Fragen der inneren Politik, die deutschböhmische nämlich, ungelöst bliebe. Sie drangen dabei auf eine Auseinandersetzung bezüglich der Abgrenzung in Böhmen. Die Regierung erkannte auch die Nothwendigkeit einer derartigen Regelung der Fortführung des Ausgleichs an, hielt auch darüber mit den Vertretern des conservativen Großgrundbesitzes Besprechungen ab, war aber, als sie das endgiltige Programm den Parteiführern übergab, noch nicht in der Lage, eine abschließende Mittheilung in dieser Angelegenheit zu machen. Um nun nicht den Schein aufkommen zu lassen, als habe sie eine so wichtige Angelegenheit im Stich gelassen, hielt die Partei, die ja stets und freudig ihre Solidarität mit den Deutschen in Böhmen zum Ausdruck gebracht hat, die ausdrückliche Erklärung für nothwendig, daß sie nach wie vor die Betreibung der Ausgleichsangelegenheit mit aller Wärme unterstützen werde.

Uebrigens glauben wir, daß die Aufnahme eines Satzes über den deutschböhmischen Ausgleich in das Regierungsprogramm nicht im Interesse der Deutschböhmen läge. Denn damit hätten die Deutschböhmen auch die Polen, Slowenen, Klerikalen, kurz alle Parteien, welchen das Programm vorgelegt worden ist, für competent erklärt, in Sachen des deutschböhmischen Ausgleichs ein Urtheil abzugeben. In dem Augenblicke, wo der deutschböhmische Ausgleich in dem für die Parteien des Reichsrathes bestimmten Programm figurirt, hätte man sich die Judicatur der Polen, Slowenen und Klerikalen über den Ausgleich unbedingt gefallen lassen müssen. Die Schaffung einer solchen neuen Competenz würde aber den deutschen Interessen widerstreiten, und deshalb ist es besser, daß sie unterblieb. Gleichwohl wird die Linke, wir betonen dies noch ein Mal, die deutschböhmischen Angelegenheiten bei jeder Gelegenheit und mit allem Nachdruck zu fördern bestrebt sein.

Deutsches Reich.

C. H. **Berlin**, 10. Februar. Wessen Geistes Kinder die Führer der Bergleute sind, das hat sich, wie man uns aus Saarbrücken schreibt, in einer Versammlung der Abgelegten in Bildstock gezeigt. Conrad Lambert, welcher im Rechtsschutzverein eine so hervorragende Rolle spielt, empfahl den Abgelegten auszuwandern, der Behörde jedoch die Familie zurückzulassen. Kamerad Lambert würde es natürlich sehr angenehm sein, wenn die Abgelegten auswanderten, denn dann wäre der Rechtsschutzverein die Sorge los, wie er die jetzt abgelegten Bergleute, welche mit ihren Klagen das Bureau des Rechtsschutzvereins erfüllen, über Wasser halten soll. Auch Trens-Endorf, eine im Rechtsschutzverein hervorragende Leuchte, schämte sich nicht, den Genossen zu empfehlen, auszuwandern, und die Familie ruhig den Behörden zu überlassen. Genosse Fox-Eppelborn schwang sich zu dem moralischen Grundsatz auf, jeder Bergmann solle ruhig unterschreiben, daß er aus dem Rechtsschutzverein ausgetreten sei, trotzdem brauche er denselben nicht im Stiche zu lassen. Mit anderen Worten, jeder Bergmann kann lügen, wenn es ihm paßt. Bei allen diesen Klagen nahm es sich höchst wunderbar aus, daß bereits wieder über eine große Feier am 1. Mai verhandelt wurde. Vielleicht glauben einzelne Führer, das Gros der Abgelegten sei dann fort, und sie hätten Geld zum Feiern genug, denn aus dem deutschen Arbeiter wird auf alle mögliche und unmögliche Weise immer noch Geld genug herausgepreßt. Etwa 15 000 ℳ mögen bereits zur Vertheilung bereit liegen. Die Generalstreikcommission in Hamburg hat nochmals einen Aufruf erlassen, die Brüder im Saargebiet nicht zu verlassen. Ganz verhallen wird derselbe wohl nicht; vielleicht entschließt sich das Comité in Bildstock, einmal genau auseinander zu setzen, wie die Vertheilung der Gelder erfolgt.

†† **Berlin**, 10. Februar. Nach dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz hat das im Reichs-Versicherungsamt errichtete Rechnungsbureau auch an den im Vollzuge des Gesetzes herzustellenden statistischen Arbeiten mitzuwirken. Die erste Frucht dieser Arbeiten auf statistischem Gebiete liegt nunmehr vor. Es ist eine Darstellung der Verhältnisse der Altersrentenempfänger aus dem Jahre 1891 nach Geschlecht, Beruf, Alter und Wohnort, sowie nach der Höhe der bewilligten Renten. Was an dieser Statistik am meisten interessirt, ist der nunmehr auch ziffernmäßig genau erbrachte Beweis, daß die Landwirthschaft von der Altersrente im Verhältniß zu der Kopfzahl der in ihr beschäftigten Personen weit mehr Vortheile hat als die Industrie. Von den 126 397 Altersrentenempfängern des Jahres 1891 entfallen mehr als die Hälfte, nämlich 66 338 allein auf die Landwirthschaft und 27 256 auf die Industrie. Von den übrigen sind 4052 Handel und Verkehr, 22 007 häuslicher Dienstleistung und 6744 Personen dem Staats-, Gemeinde-, Kirchen- u. s. w. Dienst, sowie den sogenannten freien Berufsarten zuzurechnen. Auch nimmt das Verhältniß der von der Gesammtzahl eines Geburtsjahrganges auf die Landwirthschaft entfallenden Rentenempfänger mit dem höheren Alter stetig zu. Es sind also vorwiegend in landwirthschaftlichen Betrieben Personen bis zum höchsten Alter erwerbsthätig. Es ist deshalb auch keine befremdliche Erscheinung, daß von der Gesammtzahl der Altersrentenempfänger des Jahres 1891 nicht weniger als 107 834 auf dem Lande und in Städten mit weniger als 10 000 Einwohnern leben, während nur 18 563 in den größeren Städten wohnen. Die Statistik giebt außerdem noch über die verschiedensten Puncte Aufklärung. Erwähnen möchten wir nur die Ergebnisse der Ermittelungen über den durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst der Altersrentenempfänger in den Jahren 1888—1890, welcher der Berechnung der Renten zu Grunde gelegt ist. Danach betrug dieser Verdienst in den größeren Städten in dem eben angegebenen Sinne für den Mann 669, auf dem Lande 441 Mark, für die Frau 412 bezw. 326 ℳ. In der Landwirthschaft betrug der Verdienst 414 ℳ für den Mann, 305 ℳ für die Frau, in der Industrie 580 bezw. 377 ℳ, im Handel 642 ℳ bezw. 346 ℳ.

∞ **Berlin**, 10. Februar. (Telegramm.) Den Gerüchten über eine angebliche Erkaltung der deutsch-italienischen Beziehungen wird neuerdings der Boden entzogen durch den telegraphischen Glückwunsch des Reichskanzlers v. Caprivi an den italienischen Minister Brin bezüglich seiner Antwort auf die Interpellation Cirmeni's.

∞ **Berlin**, 10. Februar. (Telegramm.) Wie aus Petersburg berichtet wird, ist die Meldung von der Abberufung des Barons von Mohrenheim, beziehungsweise von der Erschütterung seiner Stellung zur Zeit mit Vorsicht aufzunehmen. Es wird darauf hingewiesen, daß Baron Mohrenheim sich des höchsten Wohlwollens der dänischen Königsfamilie, also auch desjenigen der russischen Kaiserin erfreut.

— Die „Nat.-Ztg." erhält von Herrn Dr. C. Trieber in Frankfurt a. M. folgende Zuschrift:

„Herr Stöcker hat in seiner Rede, die er am 28. Januar im Reichstag hielt, behauptet: „Schon zur Römerzeit hießen die Juden das odium generis humani." Es ist ja recht schön, daß Herr Stöcker sich einmal auch auf das Gebiet der classischen Philologie begiebt. Denn so lange er und seine Genossen nur Citate aus dem Talmud anführen, ist es schwierig, ihn zu widerlegen, weil selbst unter den deutschen Juden kam 200 den Talmud kennen und noch weniger ihn verstehen, das gebildete Publicum aber selbstverständlich von diesem nicht die geringste Vorstellung hat. Nun legen zwar alle Philologen die Tacitischen Worte odio humani generis convicti sunt dahin aus, daß „man sie des Hasses gegen die übrige Menschheit überwiesen hielt". Indessen, wer Latein versteht, der weiß wohl, daß die Deutung „sie hien ein Gegenstand des Hasses für das übrige Menschengeschlecht" sprachlich ebenso angemessen ist. Diesen hat Herr Stöcker offenbar im Sinne. Wenn zwar die ganze philologische Zunft diese Erklärung für unrichtig hält, so hat Herr Stöcker gleichwohl ein Recht, die seinige für die richtige zu halten. Denn zuweilen trifft bekanntlich der gesunde Menschenverstand selbst in juristischen Dingen das Rechte besser, als die hochgelehrten Juristen insgesammt. Herr Stöcker soll also Recht behalten! Die Worte sollen also bedeuten, sie seien ein Gegenstand des Hasses für alle Welt. Dann aber kommt Herr Stöcker nur vom Regen in die Traufe. Denn die ganze Bemerkung macht Tacitus gar nicht von den Juden, sondern von den Christen, und zwar bei Gelegenheit der Neronischen Christenverfolgung. Kaiser Nero hatte den Verdacht auf sich geladen, den Brand Roms angestiftet zu haben. Darum suchte er diesen auf die Christen abzulenken, wie Tacitus ausdrücklich sagt: Ann. XV, 44 ergo abolendo rumori Nero subdidit reos et quaesitissimis poenis affecit, quos per flagitia invisos vulgus Christianos appellabat. Bei dieser Gelegenheit giebt der Geschichtschreiber (was beiläufig gesagt nicht bemerkenswerth ist) das erste klassische Zeugniß über den Ursprung und das erste Auftreten des Christenthums. Denn er fährt fort: auctor nominis eius Christus Tiberio imperitante per procuratorem Pontium Pilatum supplicio affectus erat. Hierauf erzählt Tacitus die ausgesuchten Martern, mit denen Nero die unschuldigen Christen heimsuchte. Er ließ sie nämlich an wilde Thiere binden und Hunde auf sie hetzen oder ließ sie kreuzigen. Um das Volk aber noch mehr zu gewinnen, bot er ihm des Nachts das grausige Schauspiel der lebendenden Fackeln, das der gelehrte Maler Siemiradzki in einem Aufsehen erregenden Bilde dargestellt hat: ut ferarum tergis contecti laniatu canum interirent, aut crucibus affixi aut flammati, atque ubi defecisset dies, in usum nocturni luminis urerentur. Hierzu stellte Nero seine eigenen Gärten zur Verfügung und mischte sich selbst unter das Volk in der Kleidung eines Wagenlenkers oder indem er sich geradezu als solcher auf einem Wagen producirte. Alles das geschah jedoch, wie Tacitus sagt, nicht etwa weil man die armen Christen der Brandstiftung überführt hätte, sondern weil man sie eben des Hasses gegen die übrige Welt überführt hielt: haud proinde in crimine incendii quam odio humani generis convicti sunt. Doch, so fügt der Geschichtschreiber hinzu, begann man die verfolgten Christen zu bemitleiden, sobald man erkannte, das gräßliche Verfahren geschähe nicht im allgemeinen Interesse, sondern nur zur Befriedigung der Wuth eines einzelnen Wüthers. Herr Stöcker hat also ein großes Kunststück fertig gebracht. Wenn man aber in so unerhörter Weise das, was von Peter gesagt ist, auf Paul überträgt, außerdem aber den Worten einen höhnischen Sinn unterschiebt, den sie durchaus nicht haben, endlich diesen Paul darauftin als einen Nichtswürdigen brandmarkt, so gestaltet es sich, daß man nachträglich öffentlich seinen Irrthum eingesteht und bedauert. Ein solches Verfahren würde sich für einen Ehrenmann schicken; einen solchen ehrenhaften Schritt aber zu thun, ist nie zu spät."

— Der „Kb. Corresp." zufolge wird die württembergische Regierung die Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Frhr. v. Münch ablehnen, da es sich nicht um ein Strafverfahren, sondern nur um die Vollstreckung eines rechtsgiltigen Strafurtheils handelt.

— Der Polizeipräsident hat die für Sonnabend, den 11. d. Mts., vom Socialdemokraten in Aussicht genommene Aufführung der episch-dramatischen Dichtung (?) „Bilder aus der großen Revolution" verboten.

* **Glogau**, 9. Februar. Der Telegraph hat vor einigen Tagen die Meldung verbreitet, der deutsch-patriotische Verein in Glogau habe einstimmig beschlossen, die Erklärung des patriotischen Vereins zu Frankfurt a. M. zu Gunsten der Militairvorlage ganz und voll zu der seinigen zu machen. Wie dem Glogauer „Niederschl. Anz." zu entnehmen, beläuft sich die Zahl der Patrioten, welche diesen Beschluß einstimmig gefaßt haben, den Kellner einbegriffen, auf zehn. Diese Zehnmännerversammlung, an deren Spitze der Major a. D. Gymnasiallehrer Dr. Mewes steht, veröffentlichte ihren Beschluß in der „Schles. Ztg.", der „Nordd. Allg. Ztg.", der „Köln. Ztg." sowie durch das Wolff'sche Telegraphen-Bureau. — Ein Commentar ist überflüssig.

* **Bochum**, 9. Februar. Wie die „Westf. Volksztg." aus guter Quelle erfahren haben will, soll Minister v. Berlepsch weder den Entwurf des neuen Knappschaftsstatuts, noch auch die Oberältesten zu bestätigen beabsichtigen.

* **St. Johann**, 9. Februar. „Genesse" Cummel, der wegen Sittlichkeitsvergehens verhaftet war, ist, dem „Vorwärts" zufolge, ohne Caution auf freien Fuß gesetzt worden.

* **Würzburg**, 10. Februar. (Telegramm.) Auf Veranlassung des Herrn von Utzinger-Roßbach hat die hiesige landwirthschaftliche Vereinigung eine Resolution wegen des russischen Handelsvertrages gefaßt, in welcher es heißt, daß der deutsch-russische Vertrag für die deutsche Landwirthschaft geradezu ein Unglück sein würde.

* **Stuttgart**, 9. Februar. Der hervorragende Kenner und Lehrer des Staatsrechts Landgerichtsrath a. D. Gaupp, Privatdocent in Tübingen, hielt hier auf Einladung der Deutschen Partei einen sehr interessanten Vortrag über die württembergische Verfassung und deren zeitgemäße Abänderung. Seine Ausführungen gipfelten darin: Die Kammer der Standesherren müsse beseitigt werden; dieselbe sei ein lebensunfähiges, abgestorbenes Institut, das unserem Lande nicht zur besonderen Ehre gereiche. Schon König Friedrich habe das Einkammersystem projectirt. Die erste Kammer sei eine aus den verschiedensten Theilen zusammengewürfelte Gesellschaft, in welcher die auf Lebenszeit ernannten Mitglieder die Arbeitsbienen bilden, welche für die hochadeligen Drohnen die Arbeit besorgen müssen. Das Einkammersystem müsse anknüpfen an die im modernen Staate lebenden unabhängigen und selbstständig verkörperten Interessen. Nach Vorschlag Gaupp's soll die künftige eine Kammer bestehen aus 65 aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangenen Abgeordneten sämmtlicher bisheriger Wahlbezirke. Die Stadt Stuttgart verdiene nach ihrer Größe besondere Berücksichtigung. Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern wählen zwei Abgeordnete. Der Grundbesitz und die berechtigten agrarischen Interessen haben acht bis zehn, die protestantische Kirche zwei, die katholische Kirche einen, Wissenschaft und Kunst einen Vertreter zu wählen, den Arbeitern könne durch geeignete Wahlkreiseintheilung in Stuttgart eine Interessenvertretung geschaffen werden. Etwa 100 Abgeordnete wären vollauf genügend. Eine Verfassungsrevision sei nur dann möglich, wenn das Staatsministerium mit rücksichtsloser Energie vorgehe; der §. 161 der Verfassungsurkunde biete die Handhabe für die Ermöglichung der gründlichen Reform. Die Darlegungen Gaupp's fanden dem vollen Beifall der Versammlung. Von verschiedenen Seiten wurde betont, die Partei, die sich bisher zunächst mit der Forderung der Entfernung der Privilegirten aus der zweiten Kammer begnügte, solle sofort direct auf das Hauptziel losgehen und gleich für das Einkammersystem energisch eintreten.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 10. Februar. (Telegramm.) Der Bürgermeister Dr. Prix begab sich heute Vormittag in Begleitung der Vicebürgermeister Dr. Grübl und Dr. Richter zu dem Pronuntius Cardinal Galimberti, um die Glückwünsche der Stadt Wien für den Papst anläßlich des Bischofsjubiläums zu übermitteln. Der Cardinal Galimberti empfing die Bürgermeister sehr freundlich und dankte für die Ovationen, welche die Stadt Wien dem Papst bereite. Der Cardinal versicherte, daß der Papst sich stets für die Entwickelung und den Aufschwung der Stadt lebhaft interessire.

* **Wien**, 10. Februar. (Telegramm.) Das Abgeordnetenhaus hat heute die Schuldebatte fortgesetzt. Nachdem der Jungczeche Dr. Tuzek gegen die Deutschliberalen heftig polemisirt hatte, hielt der Cultusminister Dr. von Gautsch eine beachtenswerthe Rede, in welcher er insbesondere die gestrigen Angriffe des Dr. Herold auf das Regierungsprogramm zurückwies. Schließlich erklärte der Minister bei Besprechung der religiösen Erziehung der Schulkinder, daß, je ernster die Aufgabe der sittlich-religiösen Erziehung in der Schule von der oberlen Unterrichtsverwaltung angefangen bis zum letzten Ortsschulrath hinab aufgefaßt wird, desto mehr Anhänger und Freunde die Schule sich erwerben werde. (Wgl. den gestrigen Artikel unseres Wiener Correspondenten. D. Red.)

Frankreich.

* **Paris**, 10. Februar. (Telegramm.) Der Panama-Bestechungsproceß gegen neun Beschuldigte gelangt Anfang März vor den Assisenhof; es sind für denselben 5 Sitzungen anberaumt. — Der „Figaro" schreibt: Das gestern gefällte Urtheil im Panama-Proceß zerstört die Vergangenheit hochangesehener Männer. Der Präsident Carnot müsse von seinem Begnadigungsrechte Gebrauch machen, damit, ohne Aufhebung des Urtheils, die Grausamkeit desselben vermindert werde, umsomehr, da es sich um den in Ehren (?) alt gewordenen Ferdinand Lesseps handle. Unter Denjenigen, welche das Urtheil billigen, würde sich Niemand finden, welcher die Begnadigung mißbilligen würde. Der „Figaro" betont gleichzeitig den schlechten Eindruck, welchen das Urtheil in London, Berlin, Wien und Petersburg hervorgerufen,

SLUB
Wir führen Wissen.